21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache 21(17)38
vom 9. November 2026

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

Angriffe auf Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte

Kai Müller
Geschäftsführer International Campaign for Tibet Deutschland e. V.

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

Anhörung „Angriffe auf Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte – 11.11.2026
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Stellungnahme Kai Müller, International Campaign for Tibet

Diese Stellungnahme beantwortet die folgenden Fragen des Ausschusses:

1. Welche Bedeutung nimmt das Narrativ der Ethnie in der aggressiven Politik autokratischer Staaten, insbesondere Russlands und Chinas, sowohl innen- als auch außenpolitisch ein, welche Ziele werden auf dieser Grundlage mittels welcher Maßnahmen verfolgt und welche Auswirkungen ergeben sich für die universellen Menschenrechte, für Demokratie und Meinungsfreiheit? (CDU/CSU)

2. Welche Methoden und Maßnahmen autokratischer Staaten zur systematischen Zerstörung demokratischer Systeme von innen wie von außen müssen darüber hinaus stärkere Beachtung europäischer Staaten und insbesondere Deutschlands finden, um ihre Resilienz zu stärken? (CDU/CSU)

Zu Frage 1:

Die Kommunistische Partei Chinas verfolgt eine aggressive Assimilationspolitik insbesondere gegenüber Tibetern und Uiguren sowie ferner gegenüber Mongolen und anderen Gruppen. Das Ethnie-Narrativ, das sich etwa im 2026 in Kraft getretenen Gesetz zur „Förderung ethnischer Einheit und Fortschritt“ widerspiegelt, dient dabei nicht als Instrument um gesellschaftliche Vielfalt zu fördern oder zu ermöglichen. Ziel vielmehr ist die Schaffung einer homogenen „chinesischen Nation“ unter Dominanz der Han und unter Führung der Kommunistischen Partei. Akte kultureller Selbstbehauptung etwa der Tibeter werden in der Folge als Bedrohung der Stabilität und der nationalen Sicherheit sanktioniert.

Das Narrativ wirkt in drei Richtungen: nach innen als Instrument der Assimilation, nach außen als Absicherung eines Gebiets- und Zugehörigkeitsanspruches, sowie global als Mittel des Zugriffs vor allem auf Tibeter, Uiguren und Chinesen, die als Geflüchtete, im Exil lebende oder als Dissidenten diszipliniert werden sollen. Neben transnationaler Repression setzt die chinesische Regierung extern auf eine Erpressungs- und Anreizlogik, mit der unkritische oder indifferente Haltungen in Bezug auf die systematischen Menschenrechtsverletzungen an Tibetern oder Uiguren erzeugt werden sollen. Folge ist ein systemischer Angriff auf universelle Rechte: Gegenüber denen, die unmittelbar dem Machtbereich der Kommunistischen Partei ausgesetzt sind, aber auch auf globaler Ebene in internationalen Institutionen und insbesondere, wenn auch schleichend, aber dennoch mit Nachdruck, in demokratisch verfassten Gesellschaften.

Von formeller „regionaler Autonomie“ zur „Sinisierung“ unter Xi Jinping und dem Gesetz zur „Förderung Ethnischer Einheit und Fortschritt“ von 2026

Das in 2026 verabschiedete und vielfach scharf kritisierte[1] Gesetz zur „Förderung Ethnischer Einheit und Fortschritt“ ist das erste nationale Rahmengesetz Chinas zur Politik gegenüber Tibetern, Uiguren und anderen von der chinesischen Regierung als Minderheiten betrachtete Völker in ihrem Herrschaftsbereich. Es sieht eine Han-zentrierte gemeinsame Kultur und Identität vor, die sich allein im Rahmen der Ideologie der Kommunistischen Partei bewegen darf. Zutreffender wäre daher von einer KP-Ideologie geprägten Identität zu sprechen, die nicht mit einer wie auch immer vorgestellten „Identität des chinesischen Volkes“ zu verwechseln ist.

Das Gesetz selbst indes ist Konsequenz einer ideologischen Debatte in der Kommunistischen Partei nach den Protesten und Unruhen in Tibet und der Uigurenregion Ost-Turkestan in den Jahren 2008 und 2009. Xi Jinping führte 2014 zunächst auf der „zentralen Arbeitskonferenz für ethnische Angelegenheiten“ den Begriff „Gemeinschaftsbewusstsein des chinesischen Volkes“, noch als Losung oder Parole, ein.[2] 2015/16 wird erstmals das Konzept der „Sinisierung der Religionen“ postuliert.[3] 2017 wird das „Gemeinschaftsbewusstsein des chinesischen Volkes“ in das Statut der KP aufgenommen. Die Verfassungspräambel, geändert in 2018, erwähnt sodann die „große Wiedergeburt der chinesischen Nation“.[4] 2021 erklärt Xi das „Gemeinschaftsbewusstsein“ zur „Hauptlinie“ in Bezug auf alle Ethnien.[5]

2023 fordert Xi ein eigenes „Theoriesystem“ und eigene „chinesische Systeme von Quellen, Diskurs und Theorie“[6]. Unterdessen war bereits in der sogenannten Autonomen Region Tibet 2020 ein regionales Gesetz in Kraft getreten, das die Schaffung von “Modellgebieten für ethnische Einheit und Fortschritt” vorsah, welches in adaptierter Form in den tibetischen Regionen angrenzender Provinzen ebenfalls zur Anwendung kommen sollte.[7] Die Verabschiedung dieser Vorschriften durch den Volkskongress der „Autonomen Region Tibet“ bedeutete eine erste formelle Abkehr von dem zumindest auf dem Papier bestehenden Prinzips bevorzugter Behandlung von Tibetern und anderen, wie es das 1984 verabschiedete Gesetz über „Regionale Ethnische Autonomie“ vorsah. Diese Abkehr wurde mit dem Gesetz zur „Förderung Ethnischer Einheit und Fortschritt“ von 2026 nunmehr zementiert.

Das Gesetz beschränkt das Recht, die eigene Muttersprache zu verwenden und kulturelle sowie religiöse Traditionen auszuüben. Eltern wird eine echte Wahlmöglichkeit hinsichtlich der Bildung und Erziehung ihrer Kinder verwehrt. Darüber hinaus stärkt das Gesetz die politische Indoktrinierung von Schulkindern. Es verpflichtet Bildungseinrichtungen, offiziell vorgegebene Narrative von Identität und Geschichte zu vermitteln, indem „korrekte“ Auffassungen über Geschichte, Ethnizität, Religion und Kultur in den Bildungsinhalten verankert werden (Art. 12). Zudem stärkt das Gesetz die Rolle des Hochchinesischen (Mandarin) als Nationalsprache und schreibt vor, dass der „gemeinsamen Landessprache“ und ihrer Schrift im Bildungsbereich eine größere Bedeutung zukommen muss, unter anderem hinsichtlich ihrer „Position, Reihenfolge und weiterer Aspekte“ (Art. 15).

Über Sprache und Lehrpläne hinaus weist das Gesetz der Bildung ausdrücklich eine ideologische Funktion zu und ordnet das Kindeswohl den politischen Zielen des Staates unter. Es sieht die „Durchsetzung der ideologischen Ziele der chinesischen Regierung im Bildungssystem“ vor (Art. 18) und überträgt auch den Familien Verantwortung, indem Eltern verpflichtet werden, die staatliche Ideologie an ihre Kinder weiterzugeben und sie entsprechend zu erziehen (Art. 20).

Das Gesetz widerspiegelt darin den Ansatz ideologischer Indoktrination zuvor erlassener Gesetze, wie etwa des Gesetzes über „patriotische Erziehung“[8] oder das Gesetz zur „Erziehung zur nationalen Vertei-

digung“[9], oder auch des Gesetzes zur „Förderung der familiären Erziehung“[10], nach dem Eltern ihre Kinder zur „Liebe zur Partei“ erziehen müssen. Gemein ist diesen Gesetzen, dass bei Verletzung weit auslegbarer Begriffe weitreichende Sanktionen verhängt werden können.[11]

Exkurs: Diskursstrategie unter Xi Jinping – „Xizang“ versus Tibet

Markante Folge aus Xi Jinpings Forderung nach einem eigenen „Diskurssystem“ ist die systematische Verwendung des Begriffs „Xizang“ im internationalen Kontext. Im Juli 2023 legt die Einheitsfrontabteilung im Zentralkomitee der KP fest, dass „Tibet“ als „Xizang“ zu übersetzen sei. In der Folge verwendet eine Übersetzung einer Rede von Wang Yi durchgehend „Xizang“. Ein sogenanntes Weißbuch führt in 2023 den Begriff als einzig zulässigen ein. Ende 2024 nutzen erstmals Drittländer den Begriff, Bhutan verwendet ihn 2025. Internationale Museen beginnen, den Begriff ebenfalls zu übernehmen.[12] Bemerkenswerterweise sprach die UNESCO unlängst in einer öffentlichen Ausstellung von der „Autonomen Region Xizang“.[13] Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF nutzt den Begriff ebenfalls.[14] Auszugehen davon ist, dass die chinesische Regierung massiv auf Dritte einwirkt, die im Ergebnis nicht mehr von „Tibet“, sondern von „Xizang“ sprechen sollen.

Pekings Absicht und die Übernahme von „Xizang“ durch Dritte sind in mehrfacher Hinsicht problematisch. In der globalen Öffentlichkeit steht der Begriff „Tibet“ für einen Konflikt, den man mit Menschenrechtsverletzungen und Unrecht durch China verbindet. Zugleich steht er für die Soft Power der Exiltibeter und des Dalai Lama. Mit „Xizang“ dagegen untermauert die chinesische Regierung sprachlich ihren Anspruch auf Tibet als „Teil Chinas“. Die gewaltsame Annexion Tibets durch China 1950/51 soll offenbar aus der öffentlichen Wahrnehmung veschwinden, indem Tibet mit dem Begriff „Xizang“ als chinesisch markiert wird. Letztlich verwischt der Begriff, dass es sich bei Tibet um ein weit größeres Territorium handelt als die „Autonome Region Xizang“, da nach der Annexion Tibets weite Teile Nord- und Osttibets, sowie Teile im Südosten Tibets anderen Provinzen zugeschlagen wurden.
Nach Shakya folge die Bezeichnung Tibets als Xizang „kolonialen Praktiken, bei denen Gebiete umbenannt wurden, um Herrschaft zu demonstrieren. Indem Kolonialmächte lokale oder allgemein anerkannte Namen durch imperiale ersetzten, löschten sie indigene Identitäten und Geschichte aus."[15] Es ist besorgniserregend, dass sich offensichtlich sogar solche Institutionen dem Druck Chinas beugen, die sich dem Schutz von kulturellem Erbe und dem Schutz von Kinderrechten, wie UNESCO und UNICEF, verschrieben haben.

KP-Politik in Tibet und ihre Wirkung

Unterdessen hat sich die politische Lage in Tibet, nicht erst unter KP-Generalsekretär Xi Jinping, in alarmierender Weise verschärft. So hat bereits Chen Quanguo, Parteisekretar in der sogenannten „Autonomen Region Tibet“ von 2011-2016, Strategien umfassender Überwachung, wie etwa das Kaderprogramm „Nütze den Massen“ ausgebaut und eingeführt, welche in der Folge in Ostturkestan unter seiner Ägide weiterentwickelt wurden. Die Strategien der Kommunistischen Partei in Tibet sind dabei keinesfalls geheim, sondern erklärte offizielle Politik und damit für die internationale Gemeinschaft jederzeit erkennbar. Diese richtet sich im Kern gegen drei Säulen der tibetischen Gesellschaft: gegen den tibetischen Buddhismus, gegen die tibetische Sprache und gegen eine selbstbestimmte tibetische Lebensweise.[16] Die Instrumente der Kommunistischen Partei zielen auf die Köpfe und die Sprache der nächsten Generation,

auf den Fortbestand ländlicher Gemeinschaften und ihre Lebensweise sowie auf die Kontrolle geistigen und religiösen Lebens. Umfassende Überwachung und Repressionen sollen Widerspruch verhindern. Die Sprache Offizieller im Partei- und Staatsapparat ist dabei deutlich diskriminierend konnotiert. Tibeter werden in paternalistisch-kolonialem Duktus als faul, „religiös vernebelt", unproduktiv, erziehungsbedürftig und rückständig bezeichnet.[17] Die Kommunistische Partei wolle die Gläubigen „befreien", religiöse Zeremonien seien „Verschwendung" und die Tibeter sollten Xi Jinping für ihr „glückliches Leben" danken, und nicht den buddhistischen Lamas.[18]

Zwangsinternate

Die chinesische Regierung hat ein System von Zwangsinternaten eingeführt, das tibetische Kinder von ihren Familien trennt und Schulunterricht in chinesischer Sprache durchsetzt. Dieser Angriff auf die Grundlagen der tibetischen Gesellschaft lässt viele Eltern befürchten, dass ihre Sprache, Kultur, Religion und Identität rasch ausgelöscht werden könnten. Jüngsten Schätzungen zufolge sind derzeit mehr als eine Million tibetische Kinder diesem Internatsschulsystem unterworfen.[19]

Im Jahr 2023 bekräftigte der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) in seinen Concluding Observations[20] zur Überprüfung Chinas seine Empfehlung, „dass der Vertragsstaat alle notwendigen Maßnahmen ergreift, um Völkern und Minderheiten die uneingeschränkte Ausübung ihres Rechts auf Wahrung ihrer kulturellen Identität und auf Teilhabe am kulturellen Leben zu gewährleisten, die Nutzung und Ausübung ihrer Sprache und Kultur sicherzustellen sowie das tibetischen Kindern auferlegte zwangsweise Internatsschulsystem unverzüglich abzuschaffen und die Gründung privater tibetischer Schulen zuzulassen".
Im Mai 2023 äußerte zudem der UN-Ausschuss zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW) seine Besorgnis darüber, dass das System der Zwangsinternate im Widerspruch zum Übereinkommens stehe. Auch dieser Ausschuss forderte China auf, „das tibetischen Mädchen auferlegte zwangsweise Internatsschulsystem abzuschaffen sowie die Gründung privater tibetischer Schulen zu genehmigen und finanziell zu fördern".[21]

Militarisierung und Indoktrination tibetischer Kinder

Die Behörden der Volksrepublik China beschränken sich nicht auf die Vermittlung von Bildung. Vielmehr verfolgen sie das Ziel, bei tibetischen Kindern durch verpflichtende patriotische Aktivitäten, militärisches Training, sogenannte „Rote Bildung", nationale Sicherheitserziehung und ideologische Unterweisung eine bestimmte politische Identität zu verankern. Das Gesetz über die „Erziehung zur nationalen Verteidigung", das Gesetz über die „Patriotische Erziehung" sowie das Gesetz über „Ethnische Einheit und Fortschritt" bilden den rechtlichen und ideologischen Rahmen für die Militarisierung und Politisierung tibetischer Kinder, insbesondere in Schulen, aber auch in Kindergärten.

Kürzlich von der Einheitsfront-Arbeitsabteilung der Kommunistischen Partei Chinas veröffentlichte Bilder aus der südtibetischen Grenzstadt Tsona (Cuona) nahe der indischen Grenze zeigen äußerst besorgniserregende Szenen der Indoktrinierung.[22] Tibetische Kindergartenkinder, gekleidet in Tarnuniformen, marschieren unter der chinesischen Flagge und nehmen an simulierten Gefechtsübungen teil. Die Kinder tragen dabei Nachbildungen von Gewehren im Rahmen von Aktivitäten, die von chinesischen Staatsmedien als „eindringliche und charakteristische Bildungsmaßnahmen zu Landesverteidigung und ethnischer

Einheit“ beschrieben werden. Die Bilder wurden am 26. Mai 2026 in einem Bericht der Einheitsfront-Arbeitsabteilung der KP in staatlichen Medien veröffentlicht. Der Bericht mit dem Titel „Liebe zum Vaterland fördern, Kinder schützen die Grenze – Kindergarten der Stadt Tsona führt Bildungsaktivitäten zu Landesverteidigung und ethnischer Einheit durch“ hebt diese Maßnahmen ausdrücklich als Modellprojekt hervor.

Dem Bericht zufolge besteht das erklärte Ziel der Ausbildungsmaßnahmen darin, bei den Kindern „eine aufrichtige Liebe zur Partei, zum Vaterland und zur Heimat“ sowie die „Bereitschaft zur Verteidigung der Grenze“ zu fördern. Darüber hinaus soll das Programm die „Landesverteidigungserziehung im frühen Kindesalter voranbringen“ und die „Erziehung zur ethnischen Einheit“ stärken. Da das Gesetz über die „Landesverteidigungserziehung“ militärähnliche Übungen in Kindergärten oder Vorschulen nicht ausdrücklich vorsieht, könnten die Aktivitäten in Tsona sogar im Widerspruch zum eigenen Recht der Volksrepublik China stehen.

Die Entwicklung hin zu einer zunehmenden Militarisierung tibetischer Bildungseinrichtungen gibt Anlass zu großer Sorge. Sie muss als Teil einer umfassenderen ideologischen Prägung von Kindern verstanden werden, die auf die zuvor erwähnten vereinheitlichenden Konzepte wie „ethnische Einheit“ oder die „Gemeinschaft der chinesischen Nation“ ausgerichtet ist.

Zwangsansiedlungen und „Arbeitsprogramme“

Nach Angaben chinesischer staatlicher Medien wurden im Rahmen verschiedener Regierungsprogramme mindestens 1,8 Millionen Nomaden in feste Siedlungen und Wohnhäuser umgesiedelt. Diese Zahl dürfte jedoch äußerst konservativ sein. Human Rights Watch berichtete bereits 2013, dass seit dem Beginn der Kampagne „Aufbau einer neuen sozialistischen Landschaft“ in den tibetischen Gebieten im Jahr 2006 zwischen 2006 und 2012 mehr als zwei Millionen Tibeterinnen und Tibeter – etwa zwei Drittel der Gesamtbevölkerung der Autonomen Region Tibet (TAR) – in neue Häuser umgesiedelt wurden. Zudem seien Hunderttausende nomadische Viehzüchter vertrieben und in sogenannten „Neuen Sozialistischen Dörfern“ angesiedelt worden.[23]

In den Umsiedlungsgebieten erhielten die vertriebenen Tibeter häufig weder eine angemessene Entschädigung noch Garantien für zukünftige Einkommensmöglichkeiten oder Beschäftigung.

Im Jahr 2026 erklärten unabhängige Menschenrechtsexpertinnen und -experten der Vereinten Nationen, dass zwischen 2000 und 2025 rund 3,36 Millionen Tibeter von staatlichen Programmen betroffen gewesen seien, die sie verpflichteten, ihre Häuser neu zu errichten bzw. nomadische Lebensweisen zugunsten einer sesshaften Lebensform aufzugeben. Offizielle Statistiken weisen zudem aus, dass rund 930.000 Tibeter in ländlichen Gebieten entweder durch die Umsiedlung ganzer Dörfer oder durch die Verlegung einzelner Haushalte umgesiedelt wurden.[24]

Großen Anlass zur Sorge geben Berichte[25], nach denen bereits mehr als 500.000 Tibeterinnen und Tibeter aus ländlichen Regionen der „Autonomen Region Tibet“ von den chinesischen Behörden in sogenannte „Arbeitsprogramme“ gezwungen wurden, in denen sie ideologisch umerzogen und mit militärischem Drill auf ihre Verschickung in chinesische Fabriken vorbereitet werden. Durch diese Programme werden die

betroffenen Tibeter von ihren Familien getrennt und aus ihrer Lebensweise herausgerissen, die wesentlicher Bestandteil ihrer traditionellen Kultur ist. Die Berichte belegen überdies eine deutlich rassistische und diskriminierende Konnotation der Vorgehensweise der chinesischen Behörden, die Tibeter als „unproduktiv" oder „rückständig" bezeichnen.
Im August 2022 veröffentlichte UNO-Sonderberichterstatter Tomoya Obokata einen Bericht[26] über „zeitgenössische Formen von Sklaverei, von denen religiöse, ethnische und sprachliche Minderheiten besonders betroffen sind". Der Bericht weist explizit auf vergleichbare Formen der Zwangsarbeit sowohl in Ost-Turkestan (Xinjiang), als auch in Tibet hin. Unter anderem betont der UN-Sonderberichterstatter „die unfreiwillige Natur der von den betroffenen Gemeinschaften geleisteten Arbeit" mit Blick auf die internationalen Arbeits- und Sozialstandards der ILO. „Ähnliche Vereinbarungen wurden auch in der Autonomen Region Tibet identifiziert, wo ein umfangreiches Arbeitstransferprogramm hauptsächlich Bauern, Hirten und andere Landarbeiter in gering qualifizierte, und schlecht bezahlte Beschäftigung versetzt hat.", heißt es weiter in dem Bericht.

Verletzung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit

Ziel der Religionspolitik der Kommunistischen Partei in Tibet ist die sog. „Sinisierung" des tibetischen Buddhismus, womit sich dieser effektiv der herrschenden Ideologie und den Machtinteressen der Partei unterwerfen muss.

Der Anspruch der Kommunistischen Partei, die Würdenträger des tibetischen Buddhismus zu bestimmen, Teil dieser Strategie, verstößt gegen internationale Menschenrechtsprinzipien. Zuletzt haben unabhängige UN-Menschenrechtsexperten das Recht des Dalai Lama und der tibetisch-buddhistischen Glaubensgemeinschaft bekräftigt, entsprechend Art. 18 der AEMR und des UN-Sozialpaktes, ihre Würdenträger selbst und ohne staatliche Intervention zu bestimmen, insbesondere die Nachfolge des 14. Dalai Lama betreffend.[27] Die Intervention des chinesischen Staates erstreckt sich dabei nicht allein auf die Institution des Dalai Lama, sondern auf alle Würdenträger, die etwa örtlichen Klöstern vorstehen. Im Jahr 2016 veröffentlichte die chinesische Regierung eine Online-Datenbank der „staatlich anerkannten" Reinkarnationen mit über 1300 Biografien „lebender Buddhas".[28]

Nach der Religionspolitik der Kommunistischen Partei für Tibet, die von offiziellen, in den Klöstern stationierten Arbeitsteams umgesetzt wird, müssen buddhistische Mönche und Nonnen „vier Standards" erfüllen. Neben echter Beherrschung der buddhistischen Lehre müssen sie auch „politisch zuverlässig" sein, bereit, „den Massen zu dienen", und „in kritischen Momenten verlässlich" – gemeint ist, wenn möglicherweise Widerspruch aufflammt. Die „vier Unterscheidungen" gelten dagegen für die tibetische Bevölkerung insgesamt, die im Parteijargon „die gläubigen Massen" heißt.[29]

Die Überwachung und Kontrolle der klösterlichen Gemeinschaft erfolgt durch ein ausgeklügeltes Netzwerk sowohl menschlicher als auch elektronischer Mittel. Die gegen Mönche und Nonnen eingesetzten Methoden nehmen dystopische Ausmaße an und zielen auf ihre politische Neutralisierung ab. Dabei werden nicht nur physische Aktivitäten überwacht und kontrolliert; vielmehr versucht dieses institutionalisierte System auch, die innere Gedanken- und Glaubenswelt der klösterlichen Gemeinschaft durch ideologische Kontrolle zu unterdrücken. In einem Umfeld, das auf Vertrauen und persönlicher Nähe beruht, auf engen Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern, die durch religiöse Gelübde besiegelt werden, untergräbt das durch invasive Formen menschlicher Informationsbeschaffung erzeugte Misstrauen die Grundlagen spiritueller und meditativer Entwicklung erheblich.

Mehrere Partei- und Regierungsbehörden sind an der Kontrolle von Mönchen und Nonnen beteiligt, um das sogenannte „gesellschaftliche Management" der Klöster sicherzustellen. Neben der Einheitsfront-Arbeitsabteilung (United Front Work Department), die die Aufsicht über sämtliche religions- und ethnienpolitischen Maßnahmen zur politischen Kontrolle von Mönchen und Nonnen ausübt, kontrollieren Partei- und Regierungsstellen auf verschiedenen Ebenen die klösterlichen Gemeinschaften.

Im Alltag wird das Leben der klösterlichen Gemeinschaft durch sogenannte „Verwaltungskomitees", in den Klöstern stationierte Kader und Polizeikräfte überwacht und kontrolliert. Darüber hinaus unterliegen die Klöster den umfassenden Überwachungssystemen, die in ganz Tibet eingesetzt werden.

Die sogenannten Verwaltungskomitees wurden ab 2011 eingeführt, nachdem die Regierung die nominelle Autonomie der Klöster abgeschafft hatte. Diese Autonomie war ursprünglich 1962 eingeführt und nach der Kulturrevolution 1980 wiederhergestellt worden. Nach Angaben von Human Rights Watch erfolgte die Entscheidung zur Einführung direkter staatlicher Kontrolle im Anschluss an ein Forschungsprojekt der Einheitsfront-Arbeitsabteilung, das nach den weitverbreiteten Protesten in Tibet im Jahr 2008 initiiert worden war. Ziel dieser Untersuchung war es festzustellen, wer für die tibetischen Proteste verantwortlich gemacht werden könne.

Während der Staat zuvor über die sogenannten „Demokratischen Verwaltungskomitees" indirekt Einfluss auf die Klöster ausübte, die aus von den Mitgliedern der jeweiligen Klöster oder Nonnenklöster gewählten und staatlich bestätigten Mönchen und Nonnen bestanden, werden die neuen Verwaltungskomitees unmittelbar von der Regierung eingesetzt. Ihre offiziell erklärte Aufgabe besteht darin, „politische Stabilität" zu gewährleisten und „harmonische Klöster" zu schaffen.[30]

Berichte, die bis mindestens ins Jahr 2017 zurückreichen, zeigen ein konsistentes Muster von Anweisungen, die darauf abzielen, tibetische Kinder daran zu hindern, an buddhistischen Praktiken teilzunehmen, Klöster zu besuchen, den tibetischen Buddhismus zu studieren, religiöse Feste zu besuchen oder Gebete zu verrichten. Häufig werden diese Einschränkungen auch auf Eltern und andere Familienangehörige ausgeweitet. Quellen zeigen ein klares Muster. Tibetische Schulen und Bildungsbehörden haben wiederholt Anweisungen erlassen, die Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an religiösen Aktivitäten während der Schulferien und wichtiger buddhistischer Feste untersagen. Diese Maßnahmen wurden häufig auch auf Eltern ausgeweitet, verpflichteten Schulen zur Überwachung der Einhaltung und stellten die Teilnahme am religiösen Leben als unvereinbar mit den staatlichen Bildungszielen dar. Die wiederholte Verhängung ähnlicher Anordnungen in unterschiedlichen Regionen und über mehrere Jahre hinweg deutet auf eine systematische und dauerhafte Politik hin, die darauf abzielt, das religiöse Leben tibetischer Kinder einzuschränken und die staatliche Kontrolle über ihre ideologische Erziehung und Prägung zu stärken.[31]

Schließung privat betriebener tibetischer Schulen

Seit 2021 haben die Behörden zahlreiche Privatschulen sowie Grundschulen in Klöstern, die sich auf die Vermittlung der tibetischen Sprache spezialisiert hatten, zwangsweise geschlossen. Am 12. Juli 2024 ordnete die chinesische Regierung die Schließung der Nationalitäten-Berufsoberschule Jigme Gyaltsen in Golog (Amdo) an. Bereits zuvor, im Juni 2024, war die Schule des Klosters Taktsang Lhamo Kirti, die etwa 500 Schülerinnen und Schüler zählte, zunehmend strengeren Einschränkungen unterworfen worden, bis sie schließlich schließen musste. Am 31. Oktober 2021 wurde nicht nur die Gedhen-Nangten-Schule des

Klosters Drakgo geschlossen, sondern auch deren Klassenräume, Schlafsäle und weitere Einrichtungen abgerissen.

Weitere betroffene Einrichtungen waren die Sengdruk-Taktse-Schule im Kreis Darlag in der Präfektur Golog sowie die Cherished Children School im Kreis Machen. Die Repressionen verschärften sich 2022 weiter, als drei weitere Schulen in der Präfektur Kardze ihren Betrieb einstellen mussten: die Phende Care School im Kreis Dzakhog, die Private Primary School im Chaktsang-Zentrum sowie die Gyalten Foundation School im Gebiet Trehor Dargye Rongpatsa.

Nach Angaben des Nationalitäten- und Religionsausschusses der Präfektur Ngaba, die im Juli 2024 veröffentlicht wurden, waren bereits vor der Schließung der Schule des Klosters Taktsang Lhamo Kirti insgesamt 69 Grundschulen in der gesamten Präfektur Ngaba vollständig geschlossen worden. Weitere acht Schulen wurden mit anderen Einrichtungen zusammengelegt, und bei 33 Grundschulen wurde das Bildungssystem im Einklang mit dem 14. Fünfjahresplan der Präfektur Ngaba umgestaltet. Nach diesen Entwicklungen intensivierte der chinesische Staat seine Maßnahmen gegen tibetischsprachige Klosterschulen weiter.[32]

Das „Gesetz über die chinesische Standard-Hochsprache und Standardschrift“[33]

Seit den 1990er-Jahren hat ein Wandel von tibetischsprachigem Unterricht hin zu Unterricht in Putonghua (Standardchinesisch) stattgefunden. Diese politische Ausrichtung wurde offiziell durch die Veröffentlichung des Nationalen Langfristigen Plans für Bildungsreform und Bildungsentwicklung (2010–2020) sowie des 13. Fünfjahresplans für die Entwicklung der nationalen Sprachpolitik (2016–2020) gestärkt. Beide Dokumente verfolgen das Ziel, die Verbreitung der national gebräuchlichen Sprache und Schrift, also Putonghua, voranzutreiben. Im Jahr 2007 erfolgte an 95 Prozent aller Grundschulen in der „Autonomen Region Tibet“ der Unterricht auf Chinesisch. Dies stellte einen deutlichen Wandel gegenüber dem Jahr 2001 dar, als noch 95 Prozent der Grundschülerinnen und Grundschüler in tibetischer Unterrichtssprache unterrichtet wurden.

Das ursprünglich im Jahr 2000 verabschiedete „Gesetz über die nationale gemeinsame Sprache Chinas“ wurde in jüngster Zeit überarbeitet. Die Änderungen stärken die Rolle des Hochchinesischen (Putonghua) im Bildungswesen erheblich und schwächen zugleich den Schutz sogenannter Minderheitensprachen. Die Novelle streicht eine Bestimmung, die es ermöglicht hatte, „Minderheitensprachen“ als Unterrichtssprachen in Schulen zu verwenden.

Diese Regelung wurde mit der Begründung aufgehoben, sie sei „nicht länger notwendig“, obwohl keine Hinweise darauf vorliegen, dass die betroffenen Gemeinschaften hierzu konsultiert wurden. Das überarbeitete Gesetz schreibt vor, dass Schulen die „nationale gemeinsame Sprache“ und Schrift als grundlegende Unterrichtssprache verwenden und staatlich erstellte Lehrbücher einsetzen müssen.
Darüber hinaus verknüpft es die Sprachpolitik ausdrücklich mit der Führung der Kommunistischen Partei, der nationalen Einheit, der Solidarität zwischen den ethnischen Gruppen, den sozialistischen Grundwerten sowie dem Aufbau einer gemeinsamen chinesischen nationalen Identität.[34]

Folter und Misshandlung

Ein aktueller Bericht der International Campaign for Tibet[35] dokumentiert 16 Fälle von Tibetern, die zwischen 2014 und 2026 in chinesischer Haft oder kurz nach ihrer Freilassung starben. Der Bericht verdeutlicht, dass es sich bei diesen Todesfällen nicht um Einzelfälle handelt.
In den Fällen aus verschiedenen Teilen Tibets zeigt sich ein einheitliches Muster: Die Betroffenen werden inhaftiert, oft ohne Zugang zu einem Rechtsbeistand oder Kontakt zu ihren Angehörigen. Abgeschottet von der Öffentlichkeit sind die Betroffenen Misshandlungen, Missbrauch oder der Verweigerung medizinischer Versorgung ausgesetzt.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass das wiederholte Auftreten solcher Todesfälle, verbunden mit der konsequenten Weigerung, zu ermitteln oder Wiedergutmachung zu leisten, die Schwelle für das Vorliegen eines systematischen Musters von Folter überschreitet. Dieses Muster wird von der International Campaign for Tibet seit nahezu zwei Jahrzehnten dokumentiert.

In einem früheren Bericht, der den Zeitraum von 2008 bis 2014 behandelt, dokumentierte die International Campaign for Tibet 14 Fälle von Tibetern, die während ihrer Haft oder kurz nach ihrer Freilassung ums Leben kamen.[36]

„Making the world safe for autocracy“

Die Politik der chinesischen Regierung ist von unabhängigen UN-Menschenrechtsexperten und Expertengremien vielfach gerügt worden. Aus der Staatengemeinschaft wird wiederholt Kritik an der Situation in Tibet, in der Uigurenregion Ostturkestan, in Hongkong und in China selbst laut. Die chinesische Regierung folgt in Reaktion darauf einem konzeptionellen Rahmen, der ihre autoritäre Politik und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen diese Kritik immunisieren soll.

Die sogenannte „Global Governance Initiative“ Xi Jinpings aus dem September 2025 beruht auf den fünf Prinzipien souveräne Gleichheit, internationale Rechtsstaatlichkeit, Multilateralismus, „menschenzentrierter Ansatz“ und Betonung „realer Taten“. Im Dezember 2025 gründete die chinesische Regierung die „Group of Friends of Global Governance“ mit 43 Gründungsmitgliedern bei den Vereinten Nationen in New York, darunter Staaten wie Belarus, Kuba, Nordkorea, Iran, Nicaragua und Venezuela.[37] Im September 2026 verliest China im UN Menschenrechtsrat eine gemeinsame Erklärung im Namen von 71 Ländern. Die Erklärung wendet sich mit scheinbar neutraler und unverdächtiger Sprache gegen die Universalität der Menschenrechte, gegen die Verantwortlichkeit von Staaten gegenüber dem internationalen Recht und gegen die internationale Menschenrechtsarchitektur, die die Menschenrechtsbilanz von Staaten überprüft und der Zivilgesellschaft eine Stimme zusichert.[38] Seit 2021 ist China Mitglied in der „Group of Friends in Defense of the UN Charter”. Diese Gruppe hat 18 Mitglieder, darunter Russland, Belarus, Kuba, Nordkorea, Eritrea, Iran, Mali.[39] Zu ihrem Ziel gehört unter anderem ausdrücklich die „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.“

Diese systemisch angelegte Strategie soll offensichtlich verhindern, dass die internationale Staatengemeinschaft Rechtsverletzungen des chinesischen Staates thematisiert, obwohl China entsprechende Menschenrechtskonventionen ratifiziert hat, die damit – neben verbindlichem Völkergewohnheitsrecht – auch unmittelbar geltendes Recht in China, Tibet, der Uigurenregion Ostturkestan und in Hongkong sind. Dazu zählen insbesondere die UN-Kinderrechtskonvention, der UN-Sozialpakt, die UN-Frauenrechtskonvention, das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung und die UN-Antifolterkonvention.

Vier UN-Vertragsorgane haben Chinas Politik in Tibet zuletzt geprüft. In seinem letzten Review (CAT/C/CHN/CO/5, 3. Februar 2016) rügte der Ausschuss gegen Folter Folter, Todesfälle in Haft wie den von Tenzin Delek Rinpoche und Verschwindenlassen. Zu 24 von 26 tibetischen Fällen gab China keine Auskunft.[40,41] Den 6. Staatenbericht reichte China erst im Februar 2025 ein, mehr als fünf Jahre verspätet. Eine Prüfung steht noch aus.[42,43] Der Ausschuss gegen Rassendiskriminierung (CERD) prüfte China zuletzt am 10. und 13. August 2018 (CERD/C/CHN/CO/14-17) und kritisierte, dass Tibeter in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt sind, kaum Reisepässe erhalten und der Tibetischunterricht erheblich beschränkt wird.[44] Der Sozialpaktausschuss (E/C.12/CHN/CO/3, 22. März 2023) fordert ein Ende der Zwangsumsiedlungen und des Internatssystems. Er sieht die kulturelle Teilhabe der Tibeter stark eingeschränkt.[45,46] Der Frauenrechtsausschuss (CEDAW/C/CHN/CO/9, 31. Mai 2023) verlangt, die Zwangsinternate für tibetische Mädchen abzuschaffen, Unterricht in der Muttersprache zu sichern und unfreiwillige Arbeitsprogramme in der TAR zu stoppen. Außerdem benennt er Hürden beim Zugang zur Justiz, Menschenhandel und die Beschlagnahmung von Pässen.[47,48]

Seit Juli 2024 haben UN-Sonderberichterstatter und Arbeitsgruppen China mindestens neunmal wegen Tibet angeschrieben. Die Schreiben betrafen zunächst die Niederschlagung der Proteste gegen den Kamtok-Staudamm (JAL CHN 8/2024, Juli 2024, parallel OTH 107/2024 an Huadian).[49] 2025 folgten Schreiben zum Umweltaktivisten Tsogon Tsering (AL CHN 1/2025)[50] und zur Nachfolge des Dalai Lama samt dem verschwundenen Panchen Lama Gedhun Choekyi Nyima (AL CHN 14/2025).[51] Weitere galten Namkyi (AL CHN 13/2025)[52], der Umbenennung Tibets in Pariser Museen (AL CHN 19/2025)[53] und dem Tod von Tulku Hungkar Dorje in vietnamesischer Haft (AL CHN 15/2025).[54] Zuletzt betrafen sie die verlängerte Haft von A-Nya Sengdra (JUA CHN 21/2025) und das Gesetz zur ethnischen Einheit (JOL CHN 5/2026, April 2026).[55,56]

Transnationale Repression – Mittel der Einschüchterung und Ausspähung

Mit Mitteln transnationaler Repression übt der chinesische Staat Druck auf die tibetische, uigurische und hongkonger Gemeinschaften in Deutschland aus. Entsprechende Vorfälle sind in Deutschland vielfach dokumentiert. Im Dezember 2022 bestätigte die Bundesregierung zwei sogenannte „Übersee-Polizeistationen“, die sie als „personengebunden und mobil“ beschrieb; das Auswärtige Amt ging im Mai 2023 von ihrem Fortbetrieb aus, während Safeguard Defenders weltweit 102 solcher Stationen in 53 Ländern zählt.[57] Ein Briefing der Tibet Initiative Deutschland vom Dezember 2023 schildert Fälle, in denen die Polizei in Tibet Angehörigen Fotos von Demonstrationen in Deutschland vorlegte, woraufhin Betroffene ihr Engagement einstellten.[58] Im April 2024 wurde Jian G., Mitarbeiter eines Europaabgeordneten, festgenommen; er hatte Informationen aus dem Europäischen Parlament weitergegeben und chinesische Oppositionelle ausgespäht und wurde 2025 vom OLG Dresden verurteilt.[59] Im Frühjahr 2025 traf ein Hackerangriff, den Citizen Lab chinesischen Staatsakteuren zuordnet, den Weltkongress der Uiguren in München; das Bundesamt für Verfassungsschutz wertet transnationale Repression als „Eingriff in die Souveränität und Sicherheit Deutschlands“, das BKA führt jedoch keine eigene Statistik dazu.[60] Am 24. Mai 2025 wurde in Frankfurt eine Demonstration der Tibet Initiative stundenlang aus dem Umfeld eines chinesischen Kulturvereins bedrängt; laut hr spielten Stadt und Polizei den Vorfall herunter, obwohl die Veranstalter nachweislich Verbindungen zum Diaspora-Apparat der KP aufweisen.[61] Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen beschreiben ein Spektrum „von Überwachung und Spionage“ bis

zu erzwungenen Rückführungen, belegen aber zugleich, dass beim BKA kein Lagebild existiert; die Koalition gegen Transnationale Repression fordert daher eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene.[62]

Über Deutschland hinaus zeigt sich ein systematisches Muster. Hongkong erließ Haftbefehle gegen Exilaktivisten, darunter Ray Wong, der in Deutschland Asyl erhalten hat, und setzte im Juli 2023 Kopfgelder von einer Million HK$ auf acht Personen aus; Deutschland hatte das Auslieferungsabkommen mit Hongkong bereits am 31. Juli 2020 ausgesetzt.[63] Am 27. Februar 2025 schob Thailand 40 Uiguren nach elf Jahren Haft nach Kashgar ab, obwohl Angebote zur Neuansiedlung in Drittstaaten vorlagen; die USA verhängten daraufhin Visasperren gegen Beteiligte, Frankreich und die EU protestierten.[64] In Nepal neu ankommende Tibeterinnen und Tibeter können sich grundsätzlich auf das „Gentlemen's Agreement" mit dem UNHCR stützen, das einen Transit nach Indien ermöglicht. Das Abkommen wird seit 2008 zunehmend unterlaufen. Seit 1995 erhalten Tibeter überdies keine Ausweispapiere mehr, Proteste und exiltibetische Wahlen sind verboten, und es besteht die Gefahr des Refoulement.[65] Schließlich ermächtigt das Gesetz über die „Förderung Ethnischer Einheit und Fortschritt" in Artikel 63 zur Verfolgung von Personen außerhalb Chinas und verleiht der transnationalen Repression damit eine explizite gesetzliche Grundlage.[66]

Empfehlungen:

Vor dem Hintergrund der am Beispiel Tibets beschriebenen Strategie der Kommunistischen Partei Chinas sollte die deutsche Politik folgendes in Betracht ziehen, bzw. bestehende Maßnahmen fortführen:

- Unmissverständliches Eintreten für Universalität der Menschenrechte und aktives Zurückweisen der Versuche Chinas in den internationalen Organisationen, die regelbasierte Ordnung und die Menschenrechtsarchitektur in ihrem Sinne umzuformen, insbesondere Votieren gegen von China vorgelegte einschlägige Resolutionen im UN-Menschenrechtsrat.
- Allianzen mit „Like-Minded-Countries", etwa bei Vereinten Nationen, mit gemeinsamen Statements zu China und der Lage in Tibet, Ostturkestan, Hongkong.
- Öffentliches Eintreten für Verfolgte in Tibet, Ostturkestan, Hongkong und China.
- Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für die Rechte von Tibeterinnen und Tibetern, von Uigurinnen und Uiguren und aller anderen von der chinesischen Regierung Verfolgten einsetzen.
- Eintreten für Sanktionen gegenüber Personen im Partei- und Staatsapparat Chinas, die für die Verabschiedung diskriminierender und menschenrechtwidriger Gesetze und Verordnungen, wie etwa das Gesetz zur „Förderung Ethnischer Einheit und Fortschritt", verantwortlich sind.
- Eintreten für eine Thematisierung der Zwangsinternate und der systematischen Verletzung von Kinderrechten auf EU-China-Gipfeln.
- Positionierung des Deutschen Bundestages zur Nachfolgefrage des Dalai Lama im Sinne von Religionsfreiheit und kultureller Rechte.
- Keine Kürzung von Finanzmitteln für das UN OCHCR.
- Ablehnung der von der KP Chinas propagierten Nomenklatur in Bezug auf Tibet – kein „Xizang".
- Intensiver Kontakt, auch öffentlich, mit den demokratisch gewählten Vertretern der Tibeter im Exil.
- Unterbinden transnationaler Repression in Deutschland, mit Schutzkonzept für Betroffene und aktiver Beratung durch die Zivilgesellschaft. Eintreten für eine europäische, EU-weite Strategie zu transnationaler Repression.

Frage 2: Welche Methoden und Maßnahmen autokratischer Staaten zur systematischen Zerstörung demokratischer Systeme von innen wie von außen müssen darüber hinaus stärkere Beachtung europäischer Staaten und insbesondere Deutschlands finden, um ihre Resilienz zu stärken? (CDU/CSU)

Anders als ein offen aggressives oder gewaltsames Vorgehen sind die Methoden der Kommunistischen Partei Chinas subtiler, aber nicht weniger wirksam. Auf Dauer gehe die weit erheblichere Bedrohung deutscher Sicherheit und deutscher Interessen von China aus, so die deutschen Nachrichtendienste, in ihrer Bewertung der Strategien Russlands und Chinas. Die Kommunistische Partei bedroht mit einer Vielzahl von Maßnahmen die demokratische Verfasstheit Deutschland. Dazu zählen die Ausnutzung wirtschaftlicher Erpressbarkeit, ein „Elite-Capture", Desinformation und Narrativexport, Spionage und subnationale Diplomatie.[67] Vielfach erfolgt diese Einflussnahme schleichend, eine „Vertrauensseligkeit"[68], fehlende Expertise oder bewusstes interessengeleitetes Wegsehen ausnutzend.

Zu beklagen ist im Kontext Tibet-Konflikt und Menschenrechte, dass die internationale Gemeinschaft, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland unter wechselnden parteipolitischen Konstellationen, keine substanziellen Konsequenzen weder aus der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste in Tibet in 2008, noch aus den tragischen Selbstverbrennungsprotesten in Tibet gezogen hat. Dieses Stillhalten mag die KP-Führung als Schwäche oder Desinteresse insbesondere demokratisch verfasster Staaten gedeutet und dazu ermutigt haben, auch anderweitig aggressiv vorzugehen und die Grenzen des Akzeptierten, gerade auch im internationalen Kontext, in ihrem Sinne zu verschieben.

Die deutsche Politik indes hat, geleitet von den Interessen großer Konzerne etwa der Automobilindustrie, kurzsichtige Wirtschafts- und Handelsinteressen verfolgt, was zu einer massiven Abhängigkeit von Peking geführt hat, die der Kommunistischen Partei ein erhebliches Erpressungspotential bietet. Folge ist auch eine noch deutlicher wahrnehmbare Vermeidung angeblich sensibler Themen wie etwa des Tibet-Konfliktes. Diese Selbstzensur erstreckt sich auch auf die Zivilgesellschaft, etwa wenn internationale Umweltverbände oder politische Stiftungen zu Entwicklungen in Tibet schweigen. Auffällig ist ferner die fehlende oder nur unzureichende Befassung außenpolitischer und chinabezogener Think-Tanks mit der Situation in Tibet oder der Uigurenregion Ostturkestan.

Teil der von der KP angewandten Erpressungs- und Anreizlogik sind die Ausnutzung wirtschaftlicher Abhängigkeit (siehe Themenkomplex Seltene Erden[69]), Desinformation und Narrativexport, Spionage[70], transnationale Repression, die subnationale Diplomatie Chinas auf Länder- und Kommunenebene[71] und die Nutzung von Wissenschaftskooperationen mit deutschen Bildungs- und Forschungseinrichtungen.[72]

Insbesondere: Narrativexport, Desinformation

Unmittelbar nach Amtsantritt stellte Xi Jinping im August 2013 den Begriff „Erzähle Chinas Geschichte gut" vor. Er rief die Partei- und Staatsmedien explizit dazu auf, die Auslandspropaganda auszuweiten, um die „Diskursmacht" Chinas weltweit zu stärken, offenbar als Reaktion auf die massive Kritik an China infolge der Niederschlagung der Proteste in Tibet im Jahr 2008.[73] 2021 forderte Xi ein Bild Chinas zu vermitteln, das „vertrauenswürdig, liebenswert und respektabel" sei.[74] Während die Kommunistische Partei schon zuvor versucht hatte, den internationalen Diskurs über China zu beeinflussen, tut sie dies mit größerer Vehemenz seit dem Amtsantritt Xi Jinpings. Insbesondere die Geschichte und aktuelle Situation Tibets steht dabei im Fokus. Beispiele:

- *Tibet „seit alters her" Teil Chinas:* Das Narrativ behauptet eine ununterbrochene Zugehörigkeit Tibets zu China– und blendet aus, dass Tibet von 1913 bis 1950 nach heutigen Maßstäben de facto unabhängig war und erst durch militärische Gewalt annektiert wurde, so ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages aus 1987[75]. Neuere Forschungen liefern Belege dafür, dass Tibet zu keiner Zeit Teil Chinas gewesen ist.[7677]
- *Tibet gleich „TAR":* Die Gleichsetzung von Tibet mit der „Autonomen Region Tibet" (TAR)[78] lässt die Mehrheit der Tibeter verschwinden: Laut Volkszählung 2020 leben von rund 7,06 Millionen Tibetern in China nur etwa 3,14 Millionen – rund 44 Prozent – in der TAR.[79] Alle anderen leben in Nord- und Osttibet, seit 1965 angrenzenden chinesischen Provinzen zugeschlagen.
- *Fortschritt für rückständige Tibeter und Befreiung vom Feudalismus:* Das Narrativ folgt dem klassischen Muster kolonialer „Zivilisierungsmissionen": Eine überlegene Zentralmacht bringt einem angeblich rückständigen Volk den Fortschritt – ob dieses ihn so will, wird nicht gefragt. Das alte Tibet war ohne Zweifel eine hierarchische, ungleiche Gesellschaft, so wie bis heute die Volksrepublik China – doch Peking überzeichnet sie zur Schreckensherrschaft und schiebt diese Begründung erst im Nachhinein für eine gewaltsame Machtergreifung nach, die anders motiviert war. Ausgeblendet auch hier die vielen Opfer der chinesischen Herrschaft und die Verwüstungen von Kultur und in Gesellschaft.[80]

Insbesondere: Selbstzensur

Die Kommunistische Partei ist mit ihrer Erpressungs- und Anreizlogik erfolgreich, wenn demokratische Gesellschaften Nachteile antizipieren, die aus Kritik an China oder schlicht der Benennung historischer oder tagesaktueller Realitäten folgt. Unterhalb der Schwelle von Verboten, die außerhalb Chinas auch nicht ohne weiteres umzusetzen sind, ist es vor allem Selbstzensur, die selten sichtbar, aber wohl ein effektives Mittel der Beeinflussung der öffentlichen Meinung in demokratischen Gesellschaften darstellt. Die Erpressungs- und Anreizlogik der KP ist daher ein Einfallstor für Bemühungen, den „geistigen Meinungskampf" in unserer Demokratie nachhaltig zu deformieren: „Demokratie endet durch Selbstzensur".[81] Sichtbare Beispiele mit Tibet-Bezug:

Kultur

- Das Pariser Museum Quai Branly ersetzte auf seinen Erklärtafeln „Tibet" durch „Xizang". Das Musée Guimet, das eine der größten Asien-Sammlungen außerhalb Asiens besitzt, benannte seine Abteilung „Nepal-Tibet" in „Monde Himalayen" um. Besonders aufschlussreich ist eine anonyme Quelle aus dem Guimet, die Radio France zitierte: „the word Tibet is something we want to avoid. This could provoke reactions from China." Das ist ein offensichtliches Eingeständnis antizipierender Selbstzensur.[82]
- In den „Doctor Strange" Comics von Marvel ist der „Ancient One" Tibeter, im Film spielt ihn die schottische Schauspielerin Tilda Swinton. Drehbuchautor C. Robert Cargill erklärte dazu: Wer anerkenne, „that Tibet is a place and that he's Tibetan, you risk alienating one billion people". Später schrieb er auf Twitter, das sei nur seine persönliche Sicht und nicht Marvels offizielle Begründung gewesen.[83]
- Der PEN-America-Bericht „Made in Hollywood, Censored by Beijing" (2020) beschreibt, dass große Studios Besetzung, Handlung, Dialoge und Schauplätze zunehmend so wählen, dass sie Pe-

king nicht verärgern. Nach „Kundun“ und anderen Tibet-Filmen von 1997 sperrte China die beteiligten Firmen für fünf Jahre. Disney-Chef Michael Eisner reiste danach nach Peking, um sich für „Kundun“ zu entschuldigen. Richard Gere sagte 2017: „There are definitely movies that I can’t be in because the Chinese will say, ‘Not with him’“.[84]

Unternehmen

- Mercedes zitierte auf Instagram den Dalai Lama, obwohl die Plattform in China gesperrt ist. Nach dem Aufschrei löschte das Unternehmen das Foto schnell und entschuldigte sich auf Weibo. Daimler entschuldigte sich anschließend ein zweites Mal.[85]
- Die chinesische Internetbehörde warf Marriott vor, nationale Gesetze schwer verletzt zu haben, weil eine Kundenumfrage Tibet, Taiwan, Hongkong und Macau als eigene Länder aufführte. Website und Buchungs-Apps mussten eine Woche lang abgeschaltet werden. Marriott hatte sich zuvor bereits entschuldigt, weil ein Mitarbeiter einen Tweet einer pro-tibetischen Gruppe „geliked“ hatte. [86]

Wissenschaft und Verlage

- Der Verlag Cambridge University Press (sperrte in China den Zugang zu 315 Artikeln der „China Quarterly“, unter anderem zu Tibet. Die Forderung kam von der chinesischen Presseaufsicht, die andernfalls die ganze Website sperren wollte. Betroffen waren auch alte Arbeiten wie „The position of Tibet in international law“ (1968). Nach Protesten aus der Wissenschaft machte der Verlag die Sperrung rückgängig.[87]
- Auf der Website des Journal of Chinese Political Science ergab eine Suche nach „Tibet“ 66 Artikel, aus China heraus aber keinen einzigen. Nach Angaben des verantwortlichen Verlags Springer Nature überließ er die Auswahl der gesperrten Artikel den chinesischen Behörden. [88]
- Nach einer Umfrage unter China-Forschenden sehen 68 % Selbstzensur als Problem ihres Fachs. Schwerere Repressionserfahrungen traten überproportional in Gebieten mit hoher Sicherheitspräsenz auf, etwa in Tibet und Xinjiang. Die Autoren der Umfrage betonen allerdings, dass der Schutz von Gesprächspartnern nicht automatisch Selbstzensur ist. [89]
- Nepals Chief Secretary und Außenminister wiesen die Kathmandu University an, die IATS-Konferenz, ein renommiertes internationales Tibetologie-Seminar, abzusagen. Das geschah gegen eine Sicherheitseinschätzung, die keine Gefahr sah, und gegen eine öffentliche Zusage des Innenministers. Zuvor hatte der chinesische Botschafter zur Wachsamkeit gegenüber Teilnehmenden gemahnt, die sich pro-tibetisch äußern könnten.[90]

Empfehlungen

Im Sinne einer Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz gegenüber der Einflussnahme der Kommunistischen Partei Chinas sollte die deutsche Politik folgendes in Betracht ziehen:

- Einfordern eines konsequenten De-Riskings von China.
- Beendigung der Praxis, Tibet (und Ostturkestan) als „sensible Themen“ aus Regierungskonsultationen und Wirtschaftsdelegationen auszuklammern; regelmäßige, öffentlich dokumentierte Ansprache des Tibet-Konflikts auf Kanzler- und Ministerebene.

- Konsequente, begrifflich korrekte Sprache in amtlichen Dokumenten: Verwendung von „Tibet“ statt „Xizang“, keine Reduktion Tibets auf die „Autonome Region Tibet“; Hinweis an Bundesbehörden, Museen, Stiftungen und öffentlich geförderte Einrichtungen, sich nicht die Terminologie der KP zu eigen zu machen.
- Klare Positionierung, dass der Bundestag und seine Mitglieder frei über Tibet beraten und Vertreter der tibetischen Exilgemeinschaft – einschließlich des Dalai Lama und des Sikyong – empfangen bzw. treffen; Rückendeckung für Länder, Kommunen, Universitäten und Kultureinrichtungen, die Druck aus Peking ausgesetzt sind.
- Eine neue Tibet-Resolution des Bundestages: Die letzten umfassenden Resolutionen stammen aus den Jahren 1996 und 2003; angesichts der Lage seit 2008 und der Nachfolgefrage ist eine Aktualisierung überfällig.
- Förderprogramme für unabhängige Tibet- und Ostturkestan-Forschung sowie Anreize für Think-Tanks und politische Stiftungen, sich mit diesen Regionen zu befassen.
- Ausbau unabhängiger China-Kompetenz (Sinologie, Tibetologie, Regionalwissenschaften) in Verwaltung, Parlament und Medien.

ENDNOTEN

[1] Siehe u. a. UN-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk, Erklärung vom 13. März 2026 (über X), wonach das Gesetz assimilatorische Politik gesetzlich festzuschreiben drohe, und Globales Update an die 62. Tagung des UN-Menschenrechtsrats, 15. Juni 2026, mit der Forderung, das Gesetz aufzuheben; Europäisches Parlament, Entschließung vom 30. April 2026; International Campaign for Tibet, „New PRC Ethnic Unity and Progress Law“, 13. März 2026, https://savetibet.org/new-prc-ethnic-unity-and-progress-law/. Zum Gesetz selbst (angenommen am 12. März 2026, in Kraft seit 1. Juli 2026): Law of the People’s Republic of China on Promoting Ethnic Unity and Progress (**中**华人民共和国民族团结进步促进法), https://npcobserver.com/legislation/law-on-promoting-ethnic-unity-and-progress/.

[2] Xi Jinping auf der Zentralen Arbeitskonferenz für ethnische Angelegenheiten, 28.–29. September 2014: „积极培养中华民族共同体意识“ („das Gemeinschaftsbewusstsein der chinesischen Nation aktiv kultivieren“); vgl. Renmin Ribao, 30. September 2014, http://cpc.people.com.cn/n/2014/0930/c64094-25763749.html, und Kommentar vom 10. Oktober 2014, http://cpc.people.com.cn/pinglun/n/2014/1010/c78779-25801140.html. Der Begriff war erstmals im Mai 2014 auf dem 2. Zentralen Arbeitsforum zu Xinjiang gefallen.

[3] Auf der Zentralen Arbeitskonferenz zur Einheitsfront (18.–20. Mai 2015) forderte Xi erstmals, die Religionen müssten „die Richtung der Sinisierung beibehalten“; auf der Nationalen Arbeitskonferenz zu religiösen Angelegenheiten (22.–23. April 2016) wurde dies bekräftigt. Vgl. Xinhua, „**第一**观察｜坚持我国宗教中国化方向，总书记对此为何如此重视？“, 5. Dezember 2021, https://cn.chinadaily.com.cn/a/202112/05/WS61ad5059a3107be4979fb744.html.

[4] Zur Aufnahme von „铸牢中华民族共同体意识“ in das Parteistatut durch den 19. Parteitag (Oktober 2017): CCTV/12371.cn, „让中华民族共同体牢不可破，中央民族工作会议释放重要信息“, 29. August 2021, https://www.12371.cn/2021/08/29/ARTI1630219499505695.shtml. Zur Verfassungsänderung: Verfassungsänderung der VR China vom 11. März 2018 (1. Tagung des 13. Nationalen Volkskongresses), Präambel („**中**华民族伟大复兴“).

[5] Zentrale Arbeitskonferenz für ethnische Angelegenheiten, 27.–28. August 2021: „铸牢中华民族共同体意识“ als „Hauptlinie“ (**主**线) der Ethnienarbeit; siehe 12371.cn, 29. August 2021, https://www.12371.cn/2021/08/29/ARTI1630219499505695.shtml.

[6] Xi Jinping auf der 9. kollektiven Studiensitzung des Politbüros, 27. Oktober 2023: „**加快形成中国自主的中**华民族共同体史料体系、话语体系、理论体系“; Xinhua, 28. Oktober 2023,

https://www.12371.cn/2023/10/28/ARTI1698472294693206.shtml; Redetext in Qiushi 2024/03, https://cpc.people.com.cn/n1/2024/0131/c64094-40170439.html.

[7] Vorschriften der „Autonomen Region Tibet“ über die Schaffung von Modellgebieten für ethnische Einheit und Fortschritt (**西藏自治区民族**团结进步模范区创建条例), angenommen am 11. Januar 2020, in Kraft seit 1. Mai 2020; dazu International Campaign for Tibet, „New ethnic unity regulations cement Chinese culture“, Briefing, Februar 2020, https://savetibet.de/wp-content/uploads/2020/02/Briefing_New-ethnic-unity-regulations-cement-Chinese-culture.pdf.

[8] Patriotic Education Law of the People’s Republic of China (**中**华人民共和国爱**国主**义教育**法**), https://npcobserver.com/legislation/patriotic-education-law/.

[9] National Defense Education Law of the People’s Republic of China (**中**华人民共和国国防教育**法**), https://npcobserver.com/legislation/national-defense-education-law/.

[10] Gesetz zur Förderung der familiären Erziehung der VR China (**中**华人民共和国家庭教育促进法), angenommen am 23. Oktober 2021; englische Übersetzung: China Law Translate, https://www.chinalawtranslate.com/family-education-law/ (abgerufen am 12. Juli 2026).https://www.chinalawtranslate.com/family-education-law/

[11] Siehe dazu, International Campaign for Tibet, Juli 2026, „Alternative report to the UN Committee on the Rights of the Child”.

[12] AsiaNews, „Xizang: Beijing ‘sinicises’ the name of Tibet in English texts“, 13. Oktober 2023, https://www.asianews.it/news-en/Xizang:-Beijing-sinicises-the-name-of-Tibet-in-English-texts-59347.html (zum Online-Beitrag der Einheitsfrontabteilung und zur Rede Wang Yis beim 3. Trans-Himalaya-Forum am 5. Oktober 2023); Informationsbüro des Staatsrats, Weißbuch „CPC Policies on the Governance of Xizang in the New Era: Approach and Achievements“, 10. November 2023; Radio Free Asia, „Nepal’s leader visits Beijing, joint statement uses ‘Xizang’ to refer to Tibet“, 6. Dezember 2024, https://www.rfa.org/english/tibet/2024/12/06/tibet-nepal-prime-minister-visits-china/; Radio Free Asia, „Bhutan refers to Tibet as Beijing-preferred ‘Xizang,’ sparking pushback“, 28. März 2025, https://www.rfa.org/english/tibet/2025/03/28/tibet-xizang-bhutan/; zu Museen siehe UN-Sonderberichterstatterin für kulturelle Rechte Alexandra Xanthaki, https://tibet.net/un-special-rapporteur-raises-concerns-over-paris-museums-use-of-nomenclature-in-tibetan-exhibits/, sowie Radio Free Asia, „British Museum removed ‘Xizang’ label from Silk Roads exhibition about Tibet“, 27. Februar 2025, https://www.rfa.org/english/tibet/2025/02/27/tibet-british-museum-drops-xizang-label.

[13] Außenausstellung am UNESCO-Hauptsitz in Paris (Bildtafel „Young girl with wild flowers“ mit Verweis auf die „Xizang Autonomous Region“); siehe gemeinsamer Brief von Tibet-Organisationen an die UNESCO vom 16. September 2025, https://tibetnu.netlify.app/en/news/2025/2025-09-16-gezamenlijke-brief-unesco-tibet-xizang, sowie Tibet Express, „UN Experts Condemn French Museums for Erasing ‘Tibet’ Name Under Chinese Pressure“, 30. September 2025, https://tibetexpress.net/?p=19819.

[14] UNICEF China, „Children in China: An Atlas of Social Indicators 2024“, https://www.unicef.cn/en/media/28801/file/Children%20in%20China:%20An%20Atlas%20of%20Social%20Indicators%202024.pdf.

[15] Tsering Shakya, „Tibet or Xizang? Tibet Must Stand!“, SOAS China Institute Blog, 11. Dezember 2024, https://blogs.soas.ac.uk/china-institute/2024/12/11/tibet-must-stand/ (Übersetzung des Verfassers).

[16] Tibet besteht aus den drei Hauptregionen Amdo (Nordosttibet), Kham (Osttibet) und Ü-Tsang (Zentral- und Westtibet). Nach der Annexion Tibets durch die Kommunistische Partei Chinas, die 1951 abgeschlossen wurde, wurde Tibet künstlich in verschiedene politische autonome Verwaltungseinheiten aufgeteilt. Die „Autonome Region Tibet“ wurde 1965 von der chinesischen Regierung eingerichtet und umfasst das Gebiet Tibets westlich des Jangtse-Flusses (tibetisch: Drichu), einschließlich eines Teils von Kham, obwohl dieses Gebiet im Englischen heute häufig als „Zentraltibet“ bezeichnet wird. Die übrigen Teile von Amdo und Kham wurden in Provinzen der Volksrepublik China eingegliedert, wo sie als Tibetische Autonome Bezirke und Tibetische Autonome Kreise ausgewiesen wurden. Infolgedessen werden der größte Teil von Qinghai sowie Teile der Provinzen Gansu, Sichuan und Yunnan von den chinesischen Behörden als „tibetisch“ eingestuft. Die International Campaign for Tibet verwendet den Begriff „Tibet“ für alle diese tibetischen Gebiete, die sich derzeit unter der rechtswidrigen Besatzung durch die Volksrepublik China befinden.

[17] Zentrale Nachrichtenagentur (CNA, Taiwan), 15. Oktober 2020, https://www.cna.com.tw/news/acn/202010150220.aspx; vgl. auch Sophie Richardson, „Chinese Authorities Aim to ‘Liberate’ Tibetan Believers“, Human Rights Watch, 22. Oktober 2020, https://www.hrw.org/news/2020/10/22/chinese-authorities-aim-liberate-tibetan-believers.

[18] Sophie Richardson, „Chinese Authorities Aim to ‘Liberate’ Tibetan Believers“, Human Rights Watch, 22. Oktober 2020, https://www.hrw.org/news/2020/10/22/chinese-authorities-aim-liberate-tibetan-believers.

[19] Siehe Tibet Action Institute, Mai 2025, „When they came to take our children“, https://tibetaction.net/when-they-came-to-take-our-children/.https://tibetaction.net/when-they-came-to-take-our-children/

[20] UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Abschließende Bemerkungen zum dritten Staatenbericht Chinas, E/C.12/CHN/CO/3, 22. März 2023 (unredigierte Vorabfassung vom 6. März 2023), https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=E/C.12/CHN/CO/3&Lang=en (abgerufen am 15. Juli 2026); Übersetzung des Verfassers.https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/

[21] UN-Ausschuss zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau, Abschließende Bemerkungen zum neunten Staatenbericht Chinas, CEDAW/C/CHN/CO/9, 31. Mai 2023, https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=CEDAW/C/CHN/CO/9&Lang=en (abgerufen am 15. Juli 2026); Übersetzung des Verfassers.

[22] Einheitsfront-Arbeitsabteilung (Tibet), 26. Mai 2026, „厚植爱国心 童心守边疆——错那市幼儿园开展国防与民族团结主题教育活动“ („Nurturing Patriotism and Safeguarding the Border: Cuona City Kindergarten Conducts National Defense and Ethnic Unity Themed Education Activities“), http://www.xztzb.gov.cn/zongjiao/1779790260734.shtml (abgerufen am 22. Juli 2026).http://www.xztzb.gov.cn/zongjiao/1779790260734.shtml

[23] Human Rights Watch, „‚They Say We Should Be Grateful': Mass Rehousing and Relocation Programs in Tibetan Areas of China“, Juni 2013, https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/tibet0613webwcover_0.pdf. Zu den Angaben staatlicher Medien siehe z. B. China Daily, „Over 1 million Tibetan nomads choose settlement“, 6. Juli 2012, http://www.chinadaily.com.cn/china/2012-07/06/content_15555645.htm; Xinhua/People's Daily Online, „Massive nomad settlement to protect 'mother river'“, 1. Dezember 2012, http://en.people.cn/90882/8041990.html; China Daily, „Families moving into the modern era“, 7. August 2015, http://www.chinadaily.com.cn/china/tibet50years/2015-08/07/content_21525294.htm; CGTN, „Tibet: How China's toughest battleground defeated absolute poverty?“, 16. Oktober 2020, https://news.cgtn.com/news/2020-10-16/How-Tibet-eliminated-absolute-poverty-despite-harsh-climate--UDkSdO4J5S/index.html.

[24] OHCHR, January 22, 2026, "UN experts alarmed by reports of forced labour of Uyghur, Tibetan and other minorities across China", https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/01/un-experts-alarmed-reports-forced-labour-uyghur-tibetan-and-other-minorities.

25 Cate Cadell, „Exclusive: China sharply expands mass labor programme in Tibet“, Reuters, 22. September 2020, https://www.reuters.com/article/us-china-rights-tibet-exclusive-idUSKCN26D0GT; Adrian Zenz, „Xinjiang's System of Militarized Vocational Training Comes to Tibet“, China Brief, Bd. 20, Nr. 17, Jamestown Foundation, 22. September 2020, https://jamestown.org/program/jamestown-early-warning-brief-xinjiangs-system-of-militarized-vocational-training-comes-to-tibet/.

26 UN-Sonderberichterstatter für zeitgenössische Formen der Sklaverei, Tomoya Obokata, „Contemporary forms of slavery affecting persons belonging to ethnic, religious and linguistic minority communities“, A/HRC/51/26, 19. Juli 2022, https://docs.un.org/en/A/HRC/51/26; Übersetzung des Verfassers.https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G22/408/97/PDF/G2240897.pdf?OpenElement

[27] OHCHR, AL CHN 14/2025, 15. Juli 2025, https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownLoadPublicCommunicationFile?gId=30152.

[28] Die Online-Datenbank wurde am 18. Januar 2016 mit zunächst 870 Einträgen freigeschaltet und bis April 2016 auf 1.311 Einträge erweitert; siehe Xinhua, „China launches system to check authenticity of living buddhas“, 18. Januar 2016, https://english.www.gov.cn/news/top_news/2016/01/18/content_281475274280462.htm; IANS/Business Standard, „China Living Buddha database nearly complete“, 29. April 2016, https://www.business-standard.com/amp/article/news-ians/china-living-buddha-database-nearly-complete-116042901050_1.html. Zur Genehmigungspflicht für die Anerkennung „lebender Buddhas“ nach „Anordnung Nr. 5“ (2007) des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten siehe International Campaign for Tibet, „New measures on reincarnation reveal Party's objectives of political control“, 15. August 2007, https://savetibet.org/new-measures-on-reincarnation-reveal-partys-objectives-of-political-control/.https://savetibet.org/new-measures-on-reincarnation-reveal-partys-objectives-of-political-control/

[29] Richardson (Fn. 18).

[30] International Campaign for Tibet, 10. März 2021, "Party above Buddhism", https://savetibet.org/party-above-buddhism/.

[31] Siehe Fn. 11.

[32] International Campaign for Tibet, „Beyond Neither Goat nor Sheep – Eroding Tibetan language to forcibly advance Chinese national identity“, 11. Dezember 2025, https://savetibet.org/beyond-neither-goat-nor-sheep/.https://savetibet.org/beyond-neither-goat-nor-sheep/

[33] Law of the People's Republic of China on the Standard Spoken and Written Chinese Language (中华人民共和国国家通用语言文字法), https://npcobserver.com/legislation/law-on-the-standard-spoken-and-written-chinese-language/.

[34] Changhao Wei, „China Amends Common Language Law to Expand Mandarin Use“, NPC Observer, 27. Januar 2026, https://npcobserver.com/2026/01/27/china-common-language-mandarin-law-revision/; Sophie Richardson, „China's Erasure of Ethnic Minority Languages“, Chinese Human Rights Defenders (CHRD), 21. Februar 2026, https://www.nchrd.org/2026/02/chinas-erasure-of-ethnic-minority-languages/.https://npcobserver.com/2026/01/27/china-common-language-mandarin-law-revision/https://npcobserver.com/2026/01/27/china-common-language-mandarin-law-revision/https://www.nchrd.org/2026/02/chinas-erasure-of-ethnic-minority-languages/https://www.nchrd.org/2026/02/chinas-erasure-of-ethnic-minority-languages/

[35] International Campaign for Tibet, Juni 2026, "Justice Denied – the pattern of deaths in and after custody in Tibet",https://savetibet.org/wp-content/uploads/2026/06/20260626-detention-final-report.pdf.

[36] International Campaign for Tibet, 16. Februar 2015, "Torture and Impunity: 29 Cases of Tibetan Political Prisoners", https://savetibet.org/torture-and-impunity-29-cases-of-tibetan-political-prisoners/.

[37] Ständige Vertretung der VR China bei den Vereinten Nationen, „Joint Statement on the Launch of the Group of Friends of Global Governance“, 9. Dezember 2025, https://un.china-mission.gov.cn/eng/czthd/202512/t20251210_11769936.htm. Die Global Governance Initiative stellte Xi Jinping am 1. September 2025 beim Treffen „SCO Plus“ in Tianjin vor.

[38] Gemeinsame Erklärung „Improving International Human Rights Governance“, vorgetragen von Chinas Ständigem Vertreter Jia Guide am 30. September 2026 auf der 63. Tagung des UN-Menschenrechtsrats; Aufzeichnung: UN Web TV, https://webtv.un.org/en/asset/k1l/k1lpzzeyfe, ab 12:55. Xinhua/CGTN nennen 71 Staaten (https://news.cgtn.com/news/2026-10-04/Chinese-envoy-China-urges-improved-global-human-rights-governance-1QXrSkE-Fzbi/p.html), das chinesische Außenministerium 94 Staaten (Pressekonferenz vom 3. Oktober 2026, https://www.fmprc.gov.cn/eng/xw/fyrbt/lxjzh/202610/t20261003_12035482.html).https://webtv.un.org/en/asset/k1l/k1lpzzeyfehttps://webtv.un.org/en/asset/k1l/k1lpzzeyfe

[39] Group of Friends in Defense of the Charter of the United Nations, gegründet am 6. Juli 2021, https://www.gof-uncharter.org/about-us; Gründungserklärung: https://www.un.int/lao/sites/www.un.int/files/Lao/declaration_launch_gof_final.pdf.

[40] UN-Ausschuss gegen Folter, CAT/C/CHN/CO/5, 3. Februar 2016, Ziff. 24, 40, 41 und 66.

[41] Tibetan Review, Bericht über die CAT-Empfehlungen zu Tibet, Dezember 2015.

[42]UN-Ausschuss gegen Folter, Jahresbericht A/80/44, 2025; Eingangsdatum 3. Februar 2025 laut CAT/C/CHN/6.

[43] ISHR/TCHRD, #HRC61: China urged to end rights violations in Tibet, 12. März 2026; Chinese Human Rights Defenders, „China: New Report Finds Torture ‚Swept Under the Rug'“, 16. September 2026, https://www.nchrd.org/2026/09/china-new-report-finds-torture-swept-under-the-rug/.

[44] UN-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung, CERD/C/CHN/CO/14-17, 19. September 2018, zitiert nach TCHRD; zum Prüfungstermin: OHCHR, „Committee on the Elimination of Racial Discrimination reviews the report of China“, 13. August 2018, https://www.ohchr.org/en/press-releases/2018/08/committee-elimination-racial-discrimination-reviews-report-china.

[45] UN-Sozialpaktausschuss, E/C.12/CHN/CO/3, 22. März 2023.

[46] International Campaign for Tibet, UN rights body calls for end to boarding schools and relocations in Tibet, März 2023; Tibet Action Institute, „UN rights body calls on China to abolish coercive residential schools“, 6. März 2023, https://tibetaction.net/?p=19796.

[47] UN-Frauenrechtsausschuss, CEDAW/C/CHN/CO/9, 31. Mai 2023.

[48] CEDAW/C/CHN/CO/9, unredigierte Vorabfassung, 30. Mai 2023.

[49] OHCHR, JAL CHN 8/2024 und OTH 107/2024, 8. Juli 2024; Antwort Chinas vom 12. September 2024.

[50] OHCHR, AL CHN 1/2025, 21. Januar 2025; Antwort Chinas vom 19. März 2025 laut UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsverteidiger, https://srdefenders.org/china-summoning-interrogation-and-detention-of-tibetan-environmental-hrd-tsogon-tsering-for-protesting-sand-mining-in-ngaba-joint-communication/.

[51] Tibetan Review, Five UN experts severely fault Beijing for Dalai Lama reincarnation meddling, 15. September 2025 (Schreiben vom 15. Juli 2025).

[52] Central Tibetan Administration, UN-Experten zum Fall Namkyi, September 2025 (Schreiben vom 16. Juli 2025).

[53] Tibetan Review, UN rights expert sees Paris museums' censoring of „Tibet“ as violation of cultural rights, 30. September 2025 (Schreiben vom 31. Juli 2025).

[54] Phayul, UN demand clarity from Vietnam and China over the death of Tulku Hungkar Dorjee, 8. Oktober 2025 (Schreiben vom 8. August 2025); parallel ging AL VNM 4/2025 an Vietnam.

[55] ISHR, Repository of United Nations recommendations on human rights in China, abgerufen am 5. November 2026. Laut ISHR antwortete China auf JAL CHN 15/2024 am 13. Januar 2025, auf AL CHN 13/2025 am 18. September 2025 und auf JUA CHN 21/2025 (3. Oktober 2025) am 22. Dezember 2025.

[56] International Campaign for Tibet, UN experts challenge China's „Ethnic Unity and Progress Law", 24. April 2026 (Schreiben JOL CHN 5/2026 vom 16. April 2026).

[57] dpa/t-online, „China betreibt in Deutschland zwei ‚Übersee-Polizeistationen'", 9. Dezember 2022, https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_100094828/china-betreibt-zwei-uebersee-polizeistationen-in-deutschland.html; Regierungspressekonferenz vom 15. Mai 2023, https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungspressekonferenz-vom-15-mai-2023-2190906; Safeguard Defenders, „Patrol and Persuade", Dezember 2022.

[58] Tibet Initiative Deutschland, „Chinas Terror in Deutschland. Kurzbriefing zu transnationaler Repression", Dezember 2023, https://www.tibet-initiative.de/wp-content/uploads/2023/12/Briefing-Chinas-Terror-in-Deutschland.pdf.

[59] ZDFheute, „Spionage: Ehemaliger Mitarbeiter von Maximilian Krah verurteilt", 30. September 2025, https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/prozess-urteil-krah-spionage-china-100.html; beck-aktuell, „Ehemaliger Krah-Mitarbeiter wegen Spionage verurteilt", 30. September 2025, https://www.beck-aktuell.de/heute-im-recht/rechtsprechung/ehemaliger-krah-mitarbeiter-wegen-spionage-verurteilt-2025-09-30 (OLG Dresden: vier Jahre und neun Monate Freiheitsstrafe; nicht rechtskräftig).

[60] ZDFheute, „Uiguren im Ausland im Visier von Chinas Cyber-Agenten", April 2025, https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/uiguren-ausland-china-cyberangriff-ueberwachung-100.html; Citizen Lab, „Weaponized Words: Uyghur Language Software Hijacked to Deliver Malware", 28. April 2025, https://citizenlab.ca/2025/04/uyghur-language-software-hijacked-to-deliver-malware/.

[61] hessenschau, „Tibet-Demo massiv gestört: Chinesische Repression mitten in Frankfurt – und keiner schaut hin", 2025, https://www.hessenschau.de/politik/chinesische-repression-mitten-in-frankfurt--und-keiner-schaut-hin-v1,einflussnahme-china-100.html.

[62] Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der CDU/CSU-Fraktion (BT-Drs. 20/11244), BT-Drs. 20/11508 vom 23. Mai 2024, https://dserver.bundestag.de/btd/20/115/2011508.pdf, und der FDP-Fraktion (BT-Drs. 20/14592), BT-Drs. 20/14938 vom 10. Februar 2025, https://dserver.bundestag.de/btd/20/149/2014938.pdf; vgl. zuletzt BT-Drs. 21/5290 vom 8. April 2026, https://dserver.bundestag.de/btd/21/052/2105290.pdf; Koalition gegen Transnationale Repression in Deutschland, Mission Statement, https://reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/user_upload/TNR_Coalition_-_Mission_Statement.pdf.

[63] Zu den Haftbefehlen nach dem Nationalen Sicherheitsgesetz gegen sechs Exilaktivisten, darunter Ray Wong: CNN, „Hong Kong issues arrest warrants for six overseas democracy activists including US citizen, state media reports", 1. August 2020; zu den Kopfgeldern: Human Rights Watch, „Hong Kong: Warrants Aim at Activists Abroad", 4. Juli 2023, https://www.hrw.org/news/2023/07/04/hong-kong-warrants-aim-activists-abroad; Auswärtiges Amt, „Außenminister Maas zur Verschiebung der Parlamentswahlen in Hongkong", Pressemitteilung, 31. Juli 2020, https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-verschiebung-parlamentswahlen-hongkong-2372722.

[64] International IDEA, Democracy Tracker, „Thailand – February 2025: Thailand forcibly deports forty Uyghurs to China", https://www.idea.int/democracytracker/report/thailand/february-2025; zu den Angeboten zur Neuansiedlung: Eingeständnis des stellvertretenden thailändischen Außenministers vom 6. März 2025, siehe Hivos EU-SEE, https://eu-see.hivos.org/?p=1674; zu den US-Visasperren: Bangkok Post, „Thai officials face US visa curbs over Uyghur deportations", 15. März 2025, https://bangkokpost.com/thailand/general/2980485/thai-officials-face-us-visa-curbs-over-uyghur-deportations; Französisches Außenministerium, „Thaïlande – Expulsion de 40 personnes ouïghoures vers la Chine", 28. Februar 2025, https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/presse-et-ressources/decouvrir-et-informer/actualites/thailande-expulsion-de-40-personnes-ouighoures-vers-la-chine; Europäisches Parlament, Entschließung vom 13. März 2025 (2025/2594(RSP)).

[65] Human Rights Watch, „Under China's Shadow: Mistreatment of Tibetans in Nepal", 1. April 2014, https://www.hrw.org/reports/nepal0314_ForUpload.pdf; UNHCR, Submission for the OHCHR Compilation Report – Universal Periodic Review: Nepal, 2015, https://webarchive.archive.unhcr.org/20170105155619if_/http://www.refworld.org/pdfid/56385fc44.pdf (keine Ausweisdokumente für Tibeter seit 1995); Radio Free Asia, „Exile Tibetans Vote", 20. März 2011, https://www.rfa.org/english/news/tibet/election-03202011110958.html.

[66] Art. 63 des Gesetzes zur Förderung ethnischer Einheit und Fortschritt; siehe NPC Observer, https://npcobserver.com/legislation/law-on-promoting-ethnic-unity-and-progress/; Al Jazeera, „China's new ethnic unity law extends its legal reach overseas", 2. Juli 2026, https://www.aljazeera.com/news/2026/7/2/chinas-new-ethnic-unity-law-extends-its-legal-reach-overseas.
[67] Zu transnationaler Repression siehe die Ausführungen zu Frage 1.
[68] Deutscher Bundestag: Öffentliche Anhörung des Parlamentarischen Kontrollgremiums mit den Präsidenten von BND, BfV und MAD, 17.10.2022, https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw42-pa-pkgr-908684 (BND-Präsident Kahl zum „zur Globalmacht aufsteigenden autokratischen China"); zu dem von BfV-Präsident Haldenwang in derselben Anhörung angeführten Bild „Russland ist der Sturm, China der Klimawandel" vgl. Reuters: German spy chief: 'Russia is the storm, China is climate change', Euronews, 18.10.2022, https://www.euronews.com/2022/10/18/germany-china.
[69] MERICS: Chinas Exportkontrollen für Seltene Erden (Analyse-Serie), Berlin 2025, https://merics.org/de/chinas-exportkontrollen-fuer-seltene-erden; ergänzend MERICS: China Essentials, 16.10.2025, https://merics.org/sites/default/files/2025-10/14%202025_MERICS%20China%20Essentials%20DE.pdf.
[70] OLG Dresden, Urteil vom 30.09.2025, Az. 4 St 1/25; vgl. Legal Tribune Online: Verbindungen der AfD zu China: Ehemaliger Krah-Mitarbeiter wegen Spionage verurteilt, 30.09.2025, https://www.lto.de/persistent/a_id/58272.
[71] Kefferpütz, Roderick: Stadt, Land, Fluss im Blick Beijings. Chinas subnationale Diplomatie in Deutschland, MERICS China Monitor Nr. 74, Berlin, 18.11.2021, https://merics.org/de/studie/stadt-land-fluss-im-blick-beijings-chinas-subnationale-diplomatie-deutschland; Schiller, Anna: „Hinter den Partnerschaften steht eine größere Strategie". Interview mit Mareike Ohlberg zu chinesischen Partnerstädten, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.04.2023, https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/china-die-strategie-hinter-den-staedtepartnerschaften-18832083.html.
[72] Vgl. Bundesregierung: China-Strategie der Bundesregierung, Berlin 2023, S. 29 f.; CORRECTIV u. a.: Wie Deutschland China hilft, zur militärischen Supermacht aufzusteigen (China Science Investigation), 18.05.2022, https://correctiv.org/aktuelles/wirtschaft/2022/05/18/wie-deutschlands-wissenschaft-china-hilft-zur-militaer-supermacht-aufzusteigen/; zur Kontrolle chinesischer Stipendiat:innen CORRECTIV/Deutsche Welle: China Scholarship Council: Studierende in Deutschland unter Kontrolle, 07.03.2023, https://correctiv.org/aktuelles/international/2023/03/07/china-scholarship-council-studierende-in-deutschland-unter-kontrolle/; Table.Media: Research: Is academic freedom a pseudo-conflict?, China.Table, https://table.media/en/china/opinion/research-is-academic-freedom-a-pseudo-conflict.
[73] Xi Jinping, Rede auf der Nationalen Konferenz für Propaganda- und Ideologiearbeit, 19.08.2013; vgl. China Media Project: Telling China's Story Well (The CMP Dictionary), 16.04.2021, https://chinamediaproject.org/the_ccp_dictionary/telling-chinas-story-well/.
[74] Xi Jinping auf der 30. kollektiven Studiensitzung des Politbüros der KP Chinas, 31.05.2021; vgl. China Daily, 02.06.2021, https://epaper.chinadaily.com.cn/a/202106/02/WS60b6b8e4a31099a23435686c.html.
[75] Wissenschaftlicher Fachdienst des Deutschen Bundestages (Fachbereich Völkerrecht): Gutachten zum völkerrechtlichen Status Tibets, erstellt auf Anfrage der Abgeordneten Petra Kelly, Bonn, 12.08.1987; englische Übersetzung in: Tibet Justice Center: Legal Materials on Tibet – Germany, https://tibetjustice.org/materials/germany/germany1.html; vgl. auch Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Die Haltung der deutschen Bundesregierung zum rechtlichen Status Tibets, WD 2 – 182/06, Berlin, 17.10.2006.
[76] Lau, Hon-Shiang: Tibet Was Never a Part of China Since Antiquity. Using China's Official/Authoritative Documents as Proof, Optimum Publishing International 2026; van Walt van Praag, Michael/Boltjes, Miek: Tibet Brief 20/20, Outskirts Press 2020.
[77] Blondeau, Anne-Marie/Buffetrille, Katia (Hg.): Authenticating Tibet. Answers to China's 100 Questions, University of California Press 2008.
[78] So etwa tagesschau.de: Tote und Verletzte: Erdbeben erschüttert Norden Tibets, 23.10.2026, https://www.tagesschau.de/ausland/asien/tibet-erdbeben-104.html.
[79] Siebte Nationale Volkszählung der VR China (2020); vgl. National Bureau of Statistics of China: China Population Census Yearbook 2020, Beijing 2022; Fischer, Andrew M.: Chinese Population Shares in Tibet Revisited. Early Insights from the 2020 Census of China and Some Cautionary Notes on Current Population Politics, ISS Working Paper Nr. 684, Den Haag 2021, https://repub.eur.nl/pub/135639.
[80] Goldstein, Melvyn C.: Reexamining Choice, Dependency and Command in the Tibetan Social System: 'Tax Appendages' and Other Landless Serfs, in: The Tibet Journal 11 (1986), Nr. 4, S. 79–113.
[81] Tagesspiegel: Demokratie endet durch Selbstzensur (Hamza Howidy, 31.10.2026)
[82] Offener Brief von 27 Tibetolog:innen und Asienkunst-Expert:innen, Le Monde, 01.09.2024; Beardsley, Eleanor: Paris museums under fire for changing their wording describing works from Tibet, NPR, 02.10.2024, https://www.npr.org/2024/10/02/nx-s1-5132045/paris-museums-under-fire-for-changing-their-wording-describing-works-from-tibet; zum Zitat der anonymen Guimet-Quelle (Radio France, November 2024) vgl. MCLC Resource Center (Ohio State

University): Politically correct designations for China's borderlands, 06.01.2025, https://u.osu.edu/mclc/2025/01/06/politically-correct-designations-for-chinas-borderlands; zur Klage AFP: Paris museum sued for dropping Tibet references, The Local, 02.07.2025, https://www.thelocal.fr/20250702/paris-museum-sued-for-dropping-tibet-references-legal-documents.

[83] Cargill, C. Robert, im Podcast „Double Toasted", 17.04.2016, sowie Klarstellung auf Twitter, 25.04.2016; vgl. Watt, Louise: Movie 'Doctor Strange' turns Tibetan man into European woman, Associated Press/The Jakarta Post, 28.04.2016, https://www.thejakartapost.com/life/2016/04/28/movie-doctor-strange-turns-tibetan-man-into-european-woman.html.

[84] PEN America: Made in Hollywood, Censored by Beijing. The U.S. Film Industry and Chinese Government Influence, New York 2020, https://pen.org/report/made-in-hollywood-censored-by-beijing/; The Hollywood Reporter: Hollywood Is "Increasingly Normalizing" Self-Censorship for China, Report Finds, 05.08.2020, https://www.hollywoodreporter.com/news/hollywood-is-increasingly-normalizing-censorship-china-report-finds-1305935; Siegel, Tatiana: Richard Gere's Studio Exile: Why His Hollywood Career Took an Indie Turn, The Hollywood Reporter, 18.04.2017, https://www.hollywoodreporter.com/features/richard-geres-studio-exile-why-his-hollywood-career-took-an-indie-turn-992258.

[85] Reuters: Mercedes-Benz apologises to Chinese for quoting Dalai Lama, 06.02.2018, https://www.thestar.com.my/news/world/2018/02/06/mercedesbenz-apologises-to-chinese-for-quoting-dalai-lama; dpa: Wegen Dalai-Lama-Zitat: Daimler in China unter Druck, Autohaus, 07.02.2018, https://www.autohaus.de/nachrichten/autohersteller/wegen-dalai-lama-zitat-daimler-in-china-unter-druck-2721772; AFP: Daimler issues second apology over Dalai Lama post – China media, Philippine Daily Inquirer, 08.02.2018, https://newsinfo.inquirer.net/?p=967240.

[86] AFP: China shuts Marriott website over Tibet mistake, The Express Tribune, 12.01.2018, https://tribune.com.pk/story/1606815/china-shuts-marriott-website-tibet-mistake; Hong Kong Free Press: Hotelier Marriott unveils eight-point 'rectification plan' after Tibet, Hong Kong geography gaffe, 19.01.2018, https://hongkongfp.com/2018/01/19/hotelier-marriott-unveils-eight-point-rectification-plan-tibet-hong-kong-geography-gaffe/.

[87] Times Higher Education: Cambridge University Press removes journal articles under Chinese pressure, 18.08.2017, https://www.timeshighereducation.com/news/cup-removes-journal-articles-after-chinese-pressure; Radio Free Asia: Cambridge University Press Unblocks Censored Content on Top Journal's China Website, 21.08.2017, https://www.rfa.org/english/news/china/journal-censorship-08212017135711.html.

[88] Times Higher Education: Nature publisher bows to Chinese censorship, 02.11.2017, https://www.timeshighereducation.com/node/637022; Reporter ohne Grenzen: China censors German publishing house, 14.11.2017, https://rsf.org/en/china-censors-german-publishing-house.

[89] Greitens, Sheena Chestnut/Truex, Rory: Repressive Experiences among China Scholars: New Evidence from Survey Data, in: The China Quarterly 242 (2020), S. 349–375, https://doi.org/10.1017/S0305741019000365.

[90] International Association for Tibetan Studies (IATS): Announcement from the Board concerning the 17th Seminar of the IATS, 23–29 August 2026, August 2026, https://www.iats.info/2026/08/announcement-from-the-board-concerning-the17th-seminar-of-the-international-association-for-tibetan-studies-23-29-august-2026/; The Kathmandu Post: Nepal overruled its own security agencies to cancel Tibetan studies conference under Chinese pressure, officials say, 05.08.2026, https://kathmandupost.com/national/2026/08/05/nepal-overruled-its-own-security-agencies-to-cancel-tibetan-studies-conference-under-chinese-pressure-officials-say; Nepalnews: International Tibetan studies conference in Kathmandu cancelled over geopolitical concerns, 05.08.2026, https://english.nepalnews.com/s/diplomacy/international-tibetan-studies-conference-in-kathmandu-cancelled-over-geopolitical-concerns/.